



## Resolution der Delegiertenversammlung Unia

**Le Syndicat.  
Die Gewerkschaft.  
Il Sindacato.**

### **Frauen zum Rabattpreis: Es reicht!**

Wir haben gerade einen historischen Moment erlebt: Am 14. Juni haben die Frauen die Stadtzentren erobert, sind durch die Strassen gezogen und haben alle öffentlichen Räume besetzt. Über eine halbe Million Frauen haben ihre Kräfte vereint und ihre Wut und Entschlossenheit im Kampf gegen die Geschlechterungleichheit demonstriert. Es haben ausserordentlich viele junge Frauen teilgenommen: Sie haben genug und verlangen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, als sie die Frauen hatten, die schon vor ihnen gekämpft haben und weiterhin an ihrer Seite kämpfen!

### **Arbeitsniederlegungen im Verkauf, in Pflege, Industrie, Reinigung und Hotellerie**

Die Bewegung vom 14. Juni war so gewaltig, dass die Bilanz noch nicht abgeschlossen ist. Eines ist sicher, viele Frauen hatten den Mut, sich über Verbote und Einschüchterungsversuche der Arbeitgeber hinwegzusetzen. In vielen Branchen, insbesondere im Verkauf, im Pflegebereich, in der Uhrenindustrie, im Reinigungsgewerbe und in der Hotellerie hat Unia die Frauen bei den Arbeitsniederlegungen und konkreten Aktionen unterstützt. Die Frauen haben viel Mut und eine unglaubliche Entschlossenheit bewiesen. Sie haben uns gezeigt, dass heute viele Frauen nicht mehr bereit sind, Sexismus und Diskriminierung zu akzeptieren.

### **Stopp dem Lohnklau! Stopp der Strafflosigkeit!**

Die Lohnungleichheit kostet jede Frau im Schnitt 660 Franken pro Monat. Das sind 10 Milliarden, die den Frauen in der Schweiz jedes Jahr entzogen werden. Dieser generalisierte Lohndiebstahl bleibt in der Schweiz ungestraft: Eine mittellose Person, die einen Ladendiebstahl im Wert von 50 Franken begeht, riskiert weit mehr als eine grosse Handelskette, die ihren Verkäuferinnen jeden Monat mehrere hundert Franken entzieht. Dieser generalisierten Straffreiheit muss ein Ende gesetzt werden. Unia fordert aus diesem Grund die Durchführung von systematischen Kontrollen in den Betrieben und griffige Sanktionen gegen Unternehmen, die Frauen schamlos ausnützen!

### **Mindestlöhne und GAV: Auch die Frauen haben Anrecht auf Schutz**

Im Privatsektor sind Gesamtarbeitsverträge (GAV) und gute Mindestlöhne in Branchen mit mehrheitlich weiblichem Personal die Ausnahme. So ist beispielsweise in der Langzeitpflege und im Verkauf in den meisten Kantonen eine stetige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen festzustellen: unregelmässige Arbeitszeiten, endlose Arbeitstage, Arbeit auf Abruf, am Abend, am Wochenende... und das zu einem Lohn, der häufig nicht einmal den Existenzbedarf deckt! Unia lädt die Arbeitgeber dieser beiden Branchen ein, den Dialog für GAV-Verhandlung auf nationaler Ebene aufzunehmen, um die Frauenberufe aufzuwerten und den Frauen attraktive Arbeitsbedingungen zu garantieren. Solange die Frauen nicht mit guten GAV geschützt sind, wird Unia weiterhin für gesetzliche Mindestlöhne kämpfen.

### **Stopp den Niedriglöhnen: Wir wollen mehr!**

In diesen letzten Jahren haben die Reallöhne stagniert, besonders die Löhne von Frauen, die häufig in Tieflohnbranchen arbeiten. Im Detailhandel, der grössten Branche des Privatsektors, war die Lohnentwicklung sehr viel schwächer als in den übrigen

Wirtschaftszweigen, gleichzeitig ist die Arbeitsproduktivität ständig gestiegen, mit der Folge, dass Verkäuferinnen einem immer stärkeren Druck ausgesetzt sind. Coop und Migros, die beiden Branchenleader, haben seit vielen Jahren keiner allgemeinen Lohnerhöhung mehr zugestimmt, die Erfahrung der Mitarbeiterinnen wird nicht honoriert und die Mindestlöhne verharren noch immer unter 4000 Franken. Unia wird sich im Rahmen der Verhandlungen und einer Lohnkampagne dafür einsetzen, dass die Frauen endlich die ihnen zustehenden Lohnerhöhungen erhalten!

### **Respekt und mehr Zeit!**

Die Gleichstellung endet nicht bei der Lohnfrage. Die Frauen, aber auf viele solidarische Männer, die sich den Kundgebungen vom 14. Juni angeschlossen haben, fordern dringende Massnahmen zur Bekämpfung von Sexismus und für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Gefragt sind einfache und wirkungsvolle Massnahmen, wie beispielsweise die obligatorische Einführung des Elternurlaubs für Frauen und Männer.